

# Fundament für den Neuanfang

## Wahlen in Südafrika mit ausgehandeltem Ergebnis

*Trotz beträchtlicher Spannungen und Probleme in der Vorwahlphase sind die Wahlen zum nationalen Parlament und zu den Provinzparlamenten in Südafrika friedlich verlaufen. Der Urnengang bestätigte die führende Stellung des vom neuen Präsidenten Nelson Mandela geleiteten Afrikanischen Nationalkongresses (ANC); auf den zweiten Platz kam die bisher regierende Nationale Partei. Verlauf und Ergebnis der ersten freien Wahlen für alle Südafrikaner sind ein gutes Omen für den weiteren Weg des Landes nach der Ablösung der Apartheid.*

Vom 26. bis 29. April 1994 fanden in Südafrika Wahlen statt, an denen zum ersten Mal in der Geschichte des Landes alle Südafrikaner ungeachtet ihrer Rasse und Hautfarbe teilnehmen konnten. Damit wurde der Grundstein für ein neues, apartheidfreies Südafrika gelegt, das, so hoffen auch die Nachbarstaaten, den wirtschaftlichen und politischen Niedergang des gesamten afrikanischen Kontinents stoppen und Schwung für einen Neuanfang geben könnte.

Um die Bedeutung der ersten allgemeinen Wahlen für die Zukunft Südafrikas richtig einschätzen zu können, ist es notwendig, sich den erstaunlichen, ja einmaligen *Verhandlungsprozeß der wichtigsten politischen Kräfte* über mehrere Jahre hinweg noch einmal in Erinnerung zu rufen. Das „Wunder“ begann damit, daß sich die regierende Nationale Partei unter Präsident *de Klerk* am 2. Februar 1990 bereit erklärte, der Apartheid abzuschwören, die verbotenen Parteien, allen voran den traditionellen Afrikanischen Nationalkongreß (ANC), wieder zuzulassen und vor allem die Symbolfigur des Widerstandes, *Nelson Mandela*, nach 26 Jahren Haft freizulassen. Gleichgültig, wie stark der innen- und außenpolitische Druck am Ende der 80er Jahre gewesen sein mag, der die südafrikanische Regierung zu diesem Schritt veranlaßt hat, die Entscheidung als solche erhielt epochale Bedeutung, weil sie den latent sich zuspitzenden Konflikt zwischen Schwarz und Weiß entschärfte und eine „friedliche Revolution“ zur Umkehr der Machtverhältnisse am Kap einleitete. Dieser Prozeß ist deswegen so bedeutsam, weil selten in der Geschichte eine regierende Minorität ihre eigene Entmachtung beschlossen und betrieben hat, um so einem größeren Übel, einem gewaltsamen Bürgerkrieg oder einer wirtschaftlichen Auszehrung des Landes vorzubeugen.

### Schwierige, aber erfolgreiche Verhandlungen

Bewundernswert und außergewöhnlich war in der Folgezeit auch die Besonnenheit und Abgeklärtheit, mit der die Führer der schwarzen Mehrheit, insbesondere die Vertreter des ANC, der Kommunistischen Partei Südafrikas (SACP) und des Südafrikanischen Gewerkschaftskongresses (COSATU), die Verhandlungen aufgenommen und trotz vieler Schwierigkeiten durchgehalten haben. Nach Jahrzehnten der Entrechtung, Diskriminierung und Ausbeutung legten die Ver-

handlungsführer ein ungeheures Maß an Verständnisbereitschaft und Geduld an den Tag, um schließlich einen gemeinsamen politischen Kompromiß auszuhandeln, der einen friedlichen Urnengang ermöglichen und einen Neuanfang südafrikanischer Politik legitimieren sollte.

Die Verhandlungen zur Machtübergabe erwiesen sich als äußerst schwierig und zähflüssig: Sie waren von Versprechungen und Drohungen, von Unterbrechungen und Gewaltausbrüchen begleitet. Wie zu erwarten, versuchten die Vertreter der alten Ordnung für sich Garantierechte politischen Überlebens sicherzustellen, während die Repräsentanten der schwarzen Mehrheit ihre Majoritätsansprüche geltend machen wollten. Die einen stützten sich auf die noch immer existierende Administration mit Polizei und Armee, die anderen zeigten ihre Muskeln durch immer neue Streiks und Massendemonstrationen. Schließlich einigten sich die Hauptkontrahenten, d. h. die NP-Regierung und das ANC-Bündnis, jeweils gestützt durch eine Anzahl von kleineren politischen Organisationen einschließlich der Homeland-Parteien, und verabschiedeten im Rahmen der sogenannten Mehrparteien-Verhandlungen (Multi-Party Negotiation Forum) eine *Übergangsverfassung*, in der die demokratischen Grundrechte und politischen Institutionen eines neuen Südafrikas verankert wurden und auf deren Basis die Wahlen zu einer Interimsregierung stattfinden konnten.

Dreh- und Angelpunkt des neuen politischen Systems für die nächsten 5 Jahre soll eine „Regierung der Nationalen Einheit“ sein, in der Vertreter aller Parteien und politischen Gruppierungen vertreten sein sollen, die mehr als 5 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen können. Darüber hinaus einigten sich die Verhandlungspartner auf eine föderative Staatsstruktur, d. h. auf die Einrichtung von neun Provinzen mit eigenen Regionalparlamenten. Die damit eingeführte Regionalisierung soll einerseits den bisher bestehenden administrativen Zentralismus der weißen Regierung beenden, andererseits die wenig lebensfähigen Strukturen der Homelands, seien sie nun formal unabhängig oder nur halbautonom, ersetzen. Der neuen Regelung entsprechend galt es bei der Wahl im April 400 Abgeordnete für eine neue Nationalversammlung zu bestimmen und darüber hinaus (je nach Bevölkerungszahl) zwischen 30 und 100 Vertreter für neun Provinzparlamente zu wählen. Die Provinzen werden

in Zukunft je 10 Vertreter in einen 90köpfigen Senat entsenden, der als Zweite Kammer eine Kontrollfunktion gegenüber der Nationalversammlung wahrnehmen soll. Um auch den kleineren Parteien eine echte Chance zur Mitbestimmung und zur angemessenen Repräsentation zu geben, entschied man sich für das proportionale Wahlrecht, bei dem nicht nach Wahlkreisen, sondern nach Parteilisten gewählt wird.

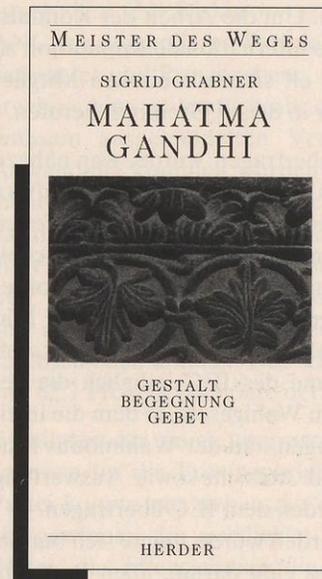
Der mühsam ausgehandelte Verfassungskompromiß wurde jedoch nicht von allen Beteiligten mitgetragen. Als schärfste Widersacher erwiesen sich die rechtsextremen Weißen, die ihre politische Heimat mehrheitlich in der Konservativen Partei haben, sowie die Anhänger der Inkatha Freedom Party (IFP), die sich im Gegensatz zum ANC für den Erhalt traditioneller Strukturen, insbesondere die Beibehaltung des Zulu-Königreichs, einsetzt. Da beide Gruppierungen eine sehr viel weitergehende Dezentralisierung und Autonomie forderten – die Afrikaaner Volksfront (AVF) sogar einen eigenständigen „Volksstaat“ –, drohten sie bis zum Schluß, die Wahl zu boykottieren und die zwischen den anderen Verhandlungspartnern erzielten Vereinbarungen über die politische Ausgestaltung des „neuen Südafrika“ nicht anzuerkennen. Mit immer neuen Boykottandrohungen versuchten sie Nachbesserungen zu erzwingen und den Wahltermin zu verschieben – letztlich allerdings ohne Erfolg: Wenige Tage vor der Wahl sprangen die „Aussteiger“ doch noch auf den fahrenden Zug.

Wegen der hohen Gewaltbereitschaft der rechtsextremen Weißen und der nicht enden wollenden blutigen Auseinandersetzungen zwischen IFP- und ANC-Gruppen hatte sich das politische Klima in der Vorwahlzeit jedoch extrem aufgeladen, so daß eine friedliche und faire Wahl kaum mehr möglich schien. Die gespannte Atmosphäre wurde zusätzlich noch durch gezielte politische Enthüllungen aufgeheizt, aus denen hervorging, daß die Überfälle und Störmanöver der Zulugruppen wiederholt in massiver Form von südafrikanischen Polizei- und Sicherheitskräften, der sog. Third Force, unterstützt worden waren, um Einfluß und Ansehen des ANC in der Bevölkerung zu schmälern.

### Organisation der Wahl durch unabhängige Kommission

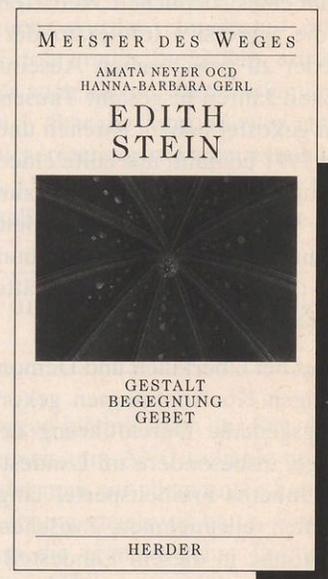
In einem solchen Klima des Mißtrauens und der Gewalt war es nicht verwunderlich, daß die Oppositionsparteien der Apartheidsregierung eine tiefsitzende Skepsis entgegenbrachten und ihr nicht zutrauten, freie und faire Wahlen zu organisieren. Da man die Verantwortung für den Urnengang auch nicht in die Hände einer internationalen Organisation legen wollte, wie dies bei den Wahlen in Namibia, Angola oder Kambodscha der Fall gewesen war, entschied man sich schließlich, eine unabhängige Wahlkommission (Independent Electoral Commission: IEC) zu berufen, die als nicht-staatliche Organisation eine freie und faire Wahl durchsetzen sollte. Die 16köpfige Kommission, die erst Ende De-

## Neu in der Reihe „Meister des Weges“



120 Seiten, gebunden,  
DM 24,80 / öS 194,- / SFr 25.80  
ISBN 3-451-23322-2

Dieses Buch zeichnet das geistliche Profil des großen Inders nach. Es gibt den Blick frei auf seine Motive, seine Ziele und die inneren Quellen seiner Kraft. Hier spricht ein Pilger und Prophet, ein Beter und Gottsucher, für den, ohne daß er selbst Christ war, die Botschaft der Bergpredigt zum Prinzip seines Lebens und Handelns wurde.



Dieser Band spiegelt die Fragen und Überzeugungen, die Geistigkeit und Geistlichkeit und die von beispielhaftem Vertrauen durchdrungene Lebenshaltung einer außergewöhnlichen Frau. In leidenschaftlichem Sehnen, Suchen und Finden ist sie dem Heute in bewegender Weise nahe.

120 Seiten, gebunden,  
DM 24,80 / öS 194,- / SFr 25.80  
ISBN 3-451-23321-5

In jeder Buchhandlung!

**HERDER**

zember 1993 ernannt wurde, agierte unter dem Vorsitz des Richters *Johann Kriegler* und setzte sich mehrheitlich aus Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zusammen, die parteipolitisch nicht einseitig gebunden sind und denen das Vertrauen aller Beteiligten gehört. Um die Arbeit der Kommission zu erleichtern und ihr eine internationale Reputation zu verleihen, wurden neben den elf südafrikanischen Mitgliedern fünf ausländische Berater in dieses Gremium berufen.

Die Aufgabe, die dem IEC übertragen wurde, war nahezu unlösbar: Sie bestand darin, in dem riesigen Land Südafrika mit den durch die Apartheidvergangenheit geschaffenen krassen Gegensätzen zwischen Arm und Reich, entwickelt und unterentwickelt nach weniger als vier Monaten Vorbereitungszeit eine ordnungsgemäße Wahl für ca. 20 Mio Wahlberechtigte durchzuführen. Vorgegeben waren bis zum Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme des IEC lediglich die gesetzlichen Grundlagen, d. h. ein Wahlgesetz, in dem die institutionellen Ausgangsbedingungen und der Wahlmodus festgelegt sind. Durchführung und Aufsicht sowie Auswertung und Beurteilung der Wahl wurden dem IEC übertragen.

Wie schwierig die Aufgabe werden würde, zeigte sich bereits in der Vorwahlphase. Denn es ging darum, allen Parteien, die an der Wahl teilnehmen wollten, die Möglichkeit freier und unbehinderter Information und Werbung zu gewähren, was sich gerade angesichts der wenig demokratischen Tradition in Südafrika als besonders problematisch erwies. Anstelle eines friedlichen Wettstreits um Wählerstimmen führte die aggressive Intoleranz der politischen Rivalen immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, die in den letzten Jahren insgesamt Tausenden von Menschen das Leben gekostet haben. Kirchen und Parteien hatten sich schon seit 1991 bemüht, mit Hilfe einer „Nationalen Friedensübereinkunft“ und mit Unterstützung der Goldstone Commission die Zahl der gewaltsamen Auseinandersetzungen zu vermindern und die Hintergründe der Konflikte, in die zum Teil auch die Sicherheitskräfte verstrickt waren, aufzudecken.

Da es bei Überfällen und Demonstrationen immer wieder zu blutigen Konfrontationen gekommen war, stand eine ordnungsgemäße Durchführung der Wahl bis zum Schluß in Frage, insbesondere im Landesteil KwaZulu/Natal, wo sich die Inkatha-Freiheitspartei lange geweigert hatte, an den Wahlen teilzunehmen. Zwischenzeitlich sah es sogar so aus, als könne in diesem Landesteil nur unter Notstandsbedingungen gewählt werden. Der IEC, dem als Nichtregierungsorganisation staatliche Zwangsmittel nicht zur Verfügung standen, versuchte, das Problem der politischen Einschüchterung und der Gewaltanwendung durch ein flächendeckendes Netz von Wahlbeobachtern (monitors) in den Griff zu bekommen. Etwa 90 000 monitors wurden benannt und geschult, um als Überwacher, Vermittler und Schlichter tätig zu werden. Hinzu kamen einige tausend internationale Beobachter – entsandt durch die Vereinten Nationen, die Europäische Union, die Commonwealth-Staaten, die Organisation für Afrikanische Einheit, die Kirchen und andere

Nichtregierungsorganisationen – die allein durch ihre Präsenz einen mäßigenden Einfluß ausüben sollten und letzten Endes dem Wahlprozeß den Stempel der Objektivität und Legitimität aufzudrücken vermochten.

Dort wo trotz Überwachung schwere Verletzungen der Regeln des Wahlgesetzes oder des Wahlverhaltenskodex (Electoral Code of Conduct) vorkamen, wurden sie vor IEC-Wahlgerichte gebracht und auf diese Weise Verstöße gegen politische Toleranz und Fairneß verfolgt und geahndet. In mehreren Verfahren und Gerichtsverhandlungen wurden Sanktionen, zumeist Geldstrafen, verhängt.

Ein weiterer Aufgabenbereich des IEC bestand in der Information und Ausbildung der Wähler (voter education). Da in Südafrika drei Viertel aller Wahlberechtigten zum ersten Mal in ihrem Leben wählen durften und das Wahlverfahren relativ kompliziert war (die Wahlen zur Nationalversammlung und zu den Provinzparlamenten fanden gleichzeitig statt), kamen Informationskampagnen über Sinn, Zweck und Ablauf der Wahlen besondere Bedeutung zu. Entsprechend hatte der IEC eine ganze Reihe von Bildungs- und Informationsprogrammen aufgelegt, die in Presse, Rundfunk und Fernsehen immer wieder zu hören und zu sehen waren. Sie waren größtenteils didaktisch gut aufbereitet und wurden in ihrer Zielsetzung durch Werbespots und Anzeigen zur Wahl gut unterstützt. Wegen der schlechten Infrastruktur in vielen ländlichen Gebieten und angesichts der hohen Analphabetenrate unter der schwarzen Mehrheit konnte jedoch bis zum Wahltag ein Teil der Bevölkerung nicht ausreichend informiert werden.

Letzten Endes scheint der Ausgang der Wahl dadurch nicht besonders beeinträchtigt worden zu sein, denn unabhängig von der Wählerausbildung kam es während der Wahltag zu einer extrem hohen Mobilisierung der Wähler. Wählen zu gehen wurde zur sozialen Selbstverständlichkeit, auch wenn mancher Wähler ohne Vorbildung und Aufklärung nicht so richtig zu wissen schien, worum es eigentlich ging. Allerdings waren die Wahlvorstände und Wahlhelfer laut Wahlgesetz berechtigt, den Wählern unter Zeugen zu helfen und das entscheidende Kreuz stellvertretend auf den Wahlzetteln zu markieren, so daß die mangelnde Vorbereitung und die hohe Analphabetenquote das Wahlergebnis und die Wahlbeteiligung nicht übermäßig beeinflusst haben dürften. Insgesamt blieb die Zahl der ungültigen Stimmen unter 2 Prozent.

---

## Wahl mit organisatorischen Pannen

---

Die Wahlen verliefen viel ruhiger und geordneter als ursprünglich erwartet. Gewaltsame Störungen größeren Ausmaßes gab es nicht – die Mehrheit der Bevölkerung ging mit großer Gelassenheit und Würde zur Wahl. Allerdings gab es eine Reihe von organisatorischen Pannen, die zu erheblichen Verzögerungen des Wahlablaufes führten. In einigen Regionen, vor allem in den ehemaligen Homelands, wo es infrastrukturelle Engpässe gab, konnten die Wahllokale

nicht rechtzeitig öffnen, weil die notwendigen Wahlutensilien fehlten. Einer der entscheidenden Gründe für das verschiedentlich auftauchende Organisationschaos war der späte Entschluß von Chief *Buthelezi*, mit seiner Partei (IFP) doch noch an der Wahl teilzunehmen, denn er stellte die Wahlorganisatoren vor eine fast unlösbare Aufgabe. Da die Wahlzettel bereits gedruckt waren, wurden für die IFP spezielle Aufkleber gefertigt, die in den Wahllokalen vor der Ausgabe auf die Stimmzettel geklebt wurden. Darüber hinaus mußte gerade in den ländlichen Zonen von KwaZulu/Natal, in denen wegen des geplanten Boykotts eigentlich gar nicht gewählt werden sollte, innerhalb weniger Tage sämtliche organisatorischen und politischen Vorbereitungen für eine Wahl geleistet werden.

*Südafrikanische Wahlen zur Nationalversammlung 1994*

Partei	Stimmen in Tsd.	%	Parlamentssitze
ANC	12 238	62,7	252
NP	3 984	20,4	82
IFP	2 058	10,5	43
FF	424	2,2	9
DP	338	1,7	7
PAC	243	1,2	5
ACDP	88	0,4	2
andere	182	0,9	0

Abgegebene Stimmen: 19 727 Tsd. (86,9%)

Ungültige Stimmen: 193 Tsd. (1%)

Quelle: *Independent Electoral Commission*, Johannesburg, 1994

Angesichts der gravierenden organisatorischen Schwierigkeiten und der massiven Verzögerungen entschied der IEC noch gerade rechtzeitig, zusätzlich einen vierten Wahltag anzuberaumen, um allen Südafrikanern wirklich die Möglichkeit zur Wahl einzuräumen. Überraschend für viele Beobachter kam es bei den Wählern nur zu wenig Unmutbekundungen über die erwähnten Organisationsdefizite. Die unendlichen Schlangen und die langen Stunden des Wartens schienen die Mehrheit der Südafrikaner nicht sonderlich zu irritieren. Diszipliniert und geduldig harrten sie vor den Wahllokalen aus; wenn sie nach mehreren Wartestunden dann doch nicht mehr zum Zuge kamen, kehrten sie am nächsten Tag wieder zurück. Die Ruhe und Beharrlichkeit, mit der die überwiegende Mehrzahl der Stimmbürger ihrem Wahlrecht nachkamen, machte die südafrikanischen Wahlen zu einem historischen Ereignis besonderer Art: Die Stimmabgabe, d. h. das Einwerfen des Stimmzettels in die Urne, wurde als besonderes Zeremoniell gewertet und stellte für viele das Ritual des Übergangs in ein neues, freies Südafrika dar. Entscheidend für diese erste Wahl war nicht primär, *wen*, sondern *daß* man gewählt hatte.

Auch bei der Auszählung der Stimmen und der Verkündung des Wahlergebnisses durch den IEC gab es noch einmal Spannungen und Überraschungen. Eine ganze Woche mußten die Südafrikaner auf die endgültige Bekanntgabe der Ergebnisse warten. Zugleich hatte die ausführliche Fernsehberichterstattung über vorläufige Ergebnisse und statistisch

schlecht fundierte Hochrechnungen die verschiedensten politischen Kalkulationen ins Kraut schießen lassen. Zwar konnte niemand an einem klaren Wahlsieg des ANC zweifeln – dafür waren die Umfrageergebnisse zuvor zu eindeutig ausgefallen. Zur Diskussion stand jedoch der Vorsprung des ANC vor den anderen Parteien und deren Abschneiden auf nationaler und Provinzebene. Denn vom endgültigen Wahlergebnis hing es letztlich ab, ob die in den Jahren zuvor so mühsam ausgehandelten Vereinbarungen überhaupt zur Anwendung kommen würden oder nicht. Eine Zweidrittelmehrheit des ANC hätte bedeuten können, daß die Vereinbarungen für die Interimsverfassung hinfällig geworden und die Vielparteienregierung nicht zum Zuge gekommen wären, weil die siegreiche Partei mit ihrer Zweidrittel-Mehrheit eine neue Verfassung mit einer anderen Staatsstruktur hätte verabschieden können. Das schließlich verkündete Ergebnis von 62,7 Prozent beendete derartige Spekulationen.

Zumindest für einige überraschend waren auch die Wahlergebnisse für die Provinzparlamente. Der ANC als stärkste Partei konnte nur sieben der neun neugegliederten Provinzen gewinnen. Im westlichen Kapland siegte die Nationale Partei, die offensichtlich die Mehrheit der Stimmen der Coloureds für sich verbuchen konnte. Die Provinz KwaZulu/Natal fiel an die IFP von Chief Buthelezi. Dieses Ergebnis ist für viele ANC-Anhänger besonders schwer zu verkraften, da man glaubte, in dieser Provinz stärker zu sein, als es das offizielle Endergebnis ausweist. Das Wort vom Wahlbetrug machte die Runde, Einsprüche wurden eingelegt – doch dürften die Aussichten auf Erfolg minimal sein. Sehr enttäuschend war das Wahlergebnis auch für die liberal-orientierte Demokratische Partei, die sich über die Jahre hinweg einen Namen als konsequente Bürgerrechtspartei gemacht hatte und sich als solche auf große Unterstützung des weißen Mittelstands und der weißen Intellektuellen berufen konnte.

## Das Wahlergebnis als Fundament der nationalen Versöhnungspolitik

Deutlich unter den Erwartungen blieb ebenso der Pan-African-Congress, eine im Vergleich zum ANC radikale und in Teilen linksextreme Partei, der man vor allem unter Jugendlichen eine höhere Unterstützung zugetraut hätte. Erwähnenswert ist schließlich, daß die rechtsextreme Freiheitsfront, die von General *Constand Viljoen* angeführt wird, mit 2,2 Prozent der abgegebenen Stimmen einen Achtungserfolg erzielte, weil sie gegen den Wunsch und Willen der konservativen Mutterpartei und ihrer militanten Unterorganisationen an den Wahlen teilnahm. Dennoch wurden auch hier die Hoffnungen und Erwartungen unterschritten, denn ernsthafte Verhandlungen über die Einrichtung eines „Volksstaats“ waren an die erwartete Stimmenzahl von 800 000 geknüpft. De facto erreicht wurden jedoch nur 424 000. Nun wird viel guter Wille von Seiten der Wahlsieger nötig sein, um den separatistischen Wünschen der Volksstaat-Verfechter zu-

mindest mit dem Zugeständnis für ein „halbautonomes Gebiet“ entgegenzukommen.

Die Bekanntgabe des endgültigen Wahlergebnisses durch den Vorsitzenden der Unabhängigen Wahlkommission, Johann Kriegler, wurde von einer äußerst brisanten Information begleitet. Da es bei der Wahl, die im großen und ganzen frei und fair verlaufen sei, dennoch eine Reihe von organisatorischen Pannen und Unregelmäßigkeiten, ja sogar Fälschungen und Betrugsversuche gegeben habe, müßten bis zu 30 Prozent der Stimmen in Zweifel gezogen werden. Nachdem eine exakte Festlegung und Bewertung der einwandfreien Stimmen für die Zählung kaum mehr möglich gewesen sei, hätten sich die führenden Parteien zusammengesetzt und im gegenseitigen Einvernehmen das verkündete Endergebnis ausgehandelt. Anders ausgedrückt: Das Wahlergebnis entspricht möglicherweise nicht exakt den abgegebenen Stimmen, es spiegelt jedoch eindeutig das relative Gewicht der Parteien wider und kommt den Erwartungen und Wahlzielen der Hauptakteure entgegen.

Die hier zum Ausdruck kommende Praxis widerspricht möglicherweise dem auf akkurate Exaktheit ausgerichteten westlichen Demokratieverständnis; sie ist jedoch andererseits symptomatisch für die besondere Verhandlungskultur, die sich in Südafrika über die letzten Jahre hinweg entwickelt hat, und für die Bereitschaft, einen allseits getragenen Kompromiß auch nach einer Wahl durchzuhalten. Viele Indizien sprechen durchaus dafür, daß der ANC *freiwillig auf die Zweidrittelmehrheit* verzichtet hat und daß mit leichten Korrekturen auch die Nationale Partei und Inkatha diejenigen Stimmenanteile erhalten haben, die von ihnen als gute Aus-

gangsbasis für eine Mehrparteienregierung angesehen werden. Das ausgehandelte Ergebnis beweist, daß die südafrikanischen Politiker die Fehler anderer afrikanischer Staaten vermeiden möchten, wo nach den Wahlen neue Konflikte aufgebrochen sind, weil der Wahlverlierer das Resultat nicht anerkennen wollte. Ein besonders abschreckendes Beispiel in dieser Beziehung ist Angola, das nach erfolgreich abgeschlossener Wahl wieder in den Bürgerkrieg verfiel, weil der UNITA-Führer Savimbi nicht bereit war, seine Wahlniederlage einzugestehen und eine Regierung der Nationalen Einheit nicht ernsthaft zur Diskussion stand.

Das alle zufriedenstellende Wahlergebnis entspricht in jeder Weise der Politik der Nationalen Versöhnung, die schon vor der Wahl durch intensive Bemühungen geprägt war, möglichst alle Parteien am Abstimmungsprozeß zu beteiligen. In der neuen Kabinettsliste, die nun vorliegt, manifestiert sich die gleiche Zielrichtung: Neben den Repräsentanten der verschiedenen Flügel des ANC-Parteienbündnisses finden sich dort auch prominente Vertreter der Nationalpartei und der Inkatha Freedom Party. Mit Innenminister *M. Buthelezi* und mit Finanzminister *D. Keys* sind schon im Vorfeld viele Befürchtungen über einen zu radikalen Kurs der neuen Regierung abgemildert und Gegensätze überbrückt worden. Mandela versucht, mit einer moderaten Politik die Kapitalflucht zu verhindern und Investitionen ins Land zu locken. Schließlich konnten die Feiern zum Machtwechsel in Pretoria nur deswegen so prunkvoll ausfallen und so prominent besucht werden, weil auch die internationale Staatengemeinschaft und vor allem die zukünftigen Kreditgeber Südafrikas mit dem „Bilderbuchergebnis“ der Wahl mehr als zufrieden waren.

*Heribert Weiland*

## Last der Freiheit

### Die innere Zerrissenheit der Russisch-Orthodoxen Kirche

*Rußland steckt in einer tiefen wirtschaftlichen, politischen und geistigen Krise, deren Ende nicht absehbar ist. Die Russische Orthodoxe Kirche (ROK), größte Religionsgemeinschaft des Landes, hat an dieser Krise teil. In ihr haben derzeit national-reaktionäre Kräfte beträchtlichen Einfluß, die antiwestliche und antisemitische Polemik betreiben. Patriarch Aleksij, auf gemäßigt-nationalem Kurs, setzt Gegenakzente; die Zahl der wirklichen Reformer in der Russischen Orthodoxie ist klein und fast ohne Einfluß.*

Die Oktober-Revolution 1993 hat erneut offenbart, daß es immer schwieriger wird, den Standpunkt der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) zu beurteilen. Patriarch Aleksij hatte Anfang Oktober die gegnerischen Seiten, also Repräsentanten von Präsident *Jelzin* und von Parlamentspräsident *Chasbulatow*, im Moskauer Daniilkloster zu Vermittlungsgesprächen eingeladen, aber diese blieben ohne Erfolg. Es ist nicht zu übersehen, daß beide Seiten die Verhandlungen genutzt

haben, um Zeit zu gewinnen. In besonderer Weise, so schien es, hatte sich der Patriarch für die im Weißen Haus Eingeschlossenen eingesetzt, etwa dafür, daß sie wieder mit Lebensmitteln, mit Strom, Wasser und Heizung versorgt würden. Daraus wurde abgeleitet, der Patriarch habe sich auf die Seite von Chasbulatow und Ruzkoj gestellt. Das stimmt so sicher nicht. Auf jeden Fall identifiziert er sich nicht mit dem von Jelzin angeordneten Sturm auf das Weiße Haus, der